



Personen – Fakten - Trends

Bischof Kohlgraf kritisiert seinen Vorgänger Lehmann

Der frühere Bischof von Mainz, Kardinal Karl Lehmann, habe Ausmaß und Tragweite des Missbrauchsskandals in den USA „nicht realistisch eingeschätzt“. Dies erklärte sein Nachfolger, Bischof Peter Kohlgraf im Interview mit der „Zeit“-Beilage „Christ & Welt“ (8.2.2019). Lehmann habe damals gesagt, dass sich die deutsche Kirche nicht den Schuh der Amerikaner anziehen müsse. Doch sei dies „so unklug wie falsch“ gewesen. Außerdem kritisierte Kohlgraf Lehmanns damalige Behauptung, dass sich die Opfer nicht zuletzt aus finanziellen Motiven an die Kirche wenden würden. Kohlgraf sagte dazu wörtlich: „Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass das nicht stimmt“. Wer sich an die Kirche wende, um über derart traumatische Erfahrungen zu sprechen, dem gehe es nicht um Geld. Kohlgraf weist darauf hin, dass er alle Missbrauchsfälle, aus der Amtszeit Kardinal Lehmanns noch einmal daraufhin überprüfen lassen werde, ob es zu „Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Tätern“ gekommen sei.

Der derzeitige Mainzer Bischof sagte weiter, dass nach aktuellem Kenntnisstand den Akten nicht entnommen werden konnte, dass Lehmann Täter bewusst gedeckt oder Missbrauchstaten vertuscht habe. Doch gebe es „viele Vorgänge aus seiner Zeit, zu denen ich heute gerne seine Meinung wüsste. Natürlich habe auch ich Fragen.“

Der aus Sigmaringen (Erzbistum Freiburg) stammende Karl Lehmann war 1983 bis 2016 Bischof von Mainz. Von 1987 bis 2008 war er Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Lehmann war 2001 von Papst Johannes Paul II. zum Kardinal erhoben worden. Er starb am 11.3.2018.

Verschärfung der Stammeskonflikte in Myanmar

Angesichts zunehmender Kämpfe zwischen der Armee von Myanmar und der buddhistischen Rebellengruppe Arakan Armee (AA) fordert der katholische Bischof von Rakhine eine Lösung durch Friedensverhandlungen. "Durch Waffen wird es keine Lösung des Problems geben", sagte Bischof Alexander Pyone Cho der asiatischen Nachrichtenagentur "Ucanews". Mehr als 4.500 Menschen seien bereits vor den Kämpfen im Norden von Rakhine geflohen, so Bischof Cho.

Der Krieg in Rakhine ist ein weiterer Schlag für den ins Stocken geratenen Friedensprozess zwischen Regierung und Armee einerseits und den für Autonomie kämpfenden ethnischen Minderheiten. Der von Staatsrätin Aung San Suu Kyi zur absoluten Priorität erklärte Friedensprozess sei ins Stocken geraten, heißt es in einer aktuellen Analyse des Fachblatts für internationale Sicherheit "Geopolitical Monitor".

Die Arakan Army kämpft für mehr Autonomie des myanmarischen Teilstaates Rakhine und für mehr Rechte der ethnisch-religiösen Minderheit der buddhistischen Arakanesen. Die AA ist Mitglied der "Northern Alliance" ethnischer Milizen wie der Unabhängigkeitsarmee der Kachin und der Miliz der Ta'ang im Shan-Staat; sie lehnen bislang eine Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens mit der Regierung ab.

Im Sommer 2017 hatte die Armee aus dem Norden der Provinz Rakhine mehr als 700.000 muslimische Rohingya gewaltsam vertrieben.

Päpstliche Kinderschutzkommission - reformbedürftig

Drei frühere Mitglieder der päpstlichen Kinderschutzkommission, welche 2014 von Papst Franziskus ins Leben gerufen worden war, fordern eine Reform dieser Arbeitsgruppe und hoffen, dass ihr Anliegen auf die Tagesordnung kommt, wenn Vertreter der nationalen Bischofskonferenzen Ende Februar in Rom über das Thema „Missbrauch“ beraten.

In Interviews mit der US-amerikanischen katholischen Wochenzeitung "National Catholic Reporter" plädierten die früheren Kommissionsmitglieder Krysten Winter-Green, Catherine Bonnet und Marie Collins vor allem für eine größere Unabhängigkeit der

Kinderschutzkommission von der Kurie und für einen regelmäßigen Austausch mit dem Papst selbst.

Collins, die als Kind von einem Priester in Irland missbraucht worden war, hatte aus Verärgerung über die mangelnde Unterstützung seitens einer Reihe vatikanischer Behörden im Frühjahr 2017 die Kommission verlassen. Die Neuseeländerin Krysten Winter-Green und die Französin Catherine Bonnet waren bei der Neubesetzung des Beratergremiums im April letzten Jahres nicht mehr berücksichtigt worden.

Robert Spaemann ist tot

Anfang Dezember 2018 starb in Stuttgart mit 91 Jahren der Philosoph Robert Spaemann, der als einer der bedeutendsten katholischen Intellektuellen der neueren Zeit galt.

In einem Nachruf sagte der Bischof von Regensburg, Rudolf Voderholzer, über den gebürtigen Berliner: „Sein Wort hatte Gewicht und fand Gehör in der Welt. Seine glasklaren Analysen und sein unbestechliches Urteil waren ein Kompass in stürmischen und unübersichtlichen Debatten. Der Begründung der Würde des Menschen als Person und deren Schutz vor allen Funktionalismen und Totalitarismen von rechts wie links widmete er sich mit intellektueller Leidenschaft. Seine frühen Warnungen vor den unabsehbaren Folgen der Nutzung der Kernenergie und seine unwiderlegbare Argumentation für den Lebensschutz in der Abtreibungsfrage sind ebenso wertvoll wie seine Gedanken zur Gottesrede nach Nietzsche. Spaemann war ein großer Zeuge für die Vereinbarkeit von Glaube und Vernunft.“

Bistum Eichstätt: Unabhängiger Prüfbericht

Massive „systemische Defizite“ in der Vergangenheit zeigt ein von der Diözese Eichstätt in Auftrag gegebener Prüfbericht einer unabhängigen Anwaltskanzlei zum sogenannten Finanzskandal auf. Diese seien in hohem Maße ursächlich für die in diesem Zusammenhang getätigten risikoreichen Investments des Bistums von rund 60 Millionen US-Dollar in den USA.

Als Beispiele nennen die Anwälte unter anderem die Besetzung des Amtes des Finanzdirektors und die Zusammensetzung des Vermögensverwaltungsrates der Diözese. Dass der ehemalige Finanzdirektor gleichzeitig als Domdekan an der Spitze des Domkapitels stand und dem Diözesanvermögensverwaltungsrat angehörte, zeige ein Kontrolldefizit in der Finanzverwaltung. Die operativen Arbeitsbereiche des Finanzdirektors wurden so unter anderem mit denen eines Mitglieds des Domkapitels verwoben, das den Bischof bei der Leitung der Diözese berät.

Weiterhin sei die Besetzung des Diözesanvermögensverwaltungsrates kirchenrechtswidrig gewesen. Die Mitglieder müssen laut Kirchenrecht unter anderem in wirtschaftlichen Fragen erfahren sein und können nicht in einem Anstellungsverhältnis mit der Diözese stehen.

Ursächlich für diese systemischen Defizite ist laut Prüfbericht ein „ausgeprägter Klerikalismus“, der auf die Erhaltung von Machtstrukturen einiger langjähriger und hochrangiger Mitglieder des Domkapitels abzielte.

Der Bericht weist zudem den ehemaligen Finanzdirektor neben dem ehemaligen stellvertretenden Finanzdirektor und seinem Geschäftspartner als Hauptverantwortlichen im Finanzskandal aus. Das Verhalten des ehemaligen Finanzdirektors sei in hohem Maße als verantwortungslos und pflichtwidrig zu bezeichnen.

Der Prüfbericht wurde der Staatsanwaltschaft zur Unterstützung ihrer Arbeit übergeben. Weiterhin erhielten vorab die Klerus- und die Bischofskongregation in Rom sowie der Apostolische Nuntius in Deutschland, Nikola Eterović, die Ausführungen der Anwaltskanzlei.

Vorreiterrolle der Kirche im Gesundheitswesen

Die katholische Kirche ist Trägerin von weltweit 5287 Krankenhäusern. Das berichtete zu Beginn dieses Jahres der vatikanische Pressedienst „Fides“ unter Hinweis auf das aktuelle

statistische Jahrbuch der Kirche. Die meisten dieser von der Kirche getragenen Krankenhäuser befinden sich auf dem amerikanischen (1530), dem afrikanischen (1321) und dem europäischen (1020) Kontinent. In 15.722 caritativen Einrichtungen werden alte und behinderte Menschen rund um den Globus betreut.

In abgelegenen Weltregionen seien es vor allem Mitglieder von Ordensgemeinschaften, die unter den dort lebenden Bevölkerungsgruppen eine medizinische Grundversorgung garantierten oder auch in den insgesamt 9552 kirchlichen Waisenhäusern tätig seien.

Weltweit befinden sich u.a. 11.758 Ausbildungsstätten für Krankenschwestern in kirchlicher Trägerschaft, werden 15.937 Apotheken stationär und ambulant unterhalten sowie 13.897 Familien- und Schwangerschaftsberatungsstellen betrieben.

Das Statistische Jahrbuch erinnert u.a. daran, dass die katholische Kirche weltweit federführend bei der medizinischen Versorgung und besonders bei der gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Leprakranken ist.

Indien: Ringen um religiöse Toleranz

Die ökumenische Organisation "Persecution Relief" hat dem indischen Oppositionsführer Rahul Gandhi einen Bericht über die Verfolgung von Christen in Indien übergeben. Der Spitzenkandidat der Kongresspartei bei den bevorstehenden Parlamentswahlen habe mit "Persecution Relief"-Gründer Shibu Thomas über Details der "Hassverbrechen" gegen Christen gesprochen, teilte die Organisation auf Twitter mit.

"Persecution Relief" dokumentiert in ihren Jahresberichten Gewalttaten von Hindunationalisten gegen religiöse Minderheiten in Indien. Rahul Gandhi (48), Enkel der 1984 ermordeten Premierministerin Indira Gandhi, warf der Regierungspartei BJP und Premierminister Narendra Modi im laufenden Wahlkampf wiederholt vor, Religion als "politische Waffe" zu nutzen. Seit den Erfolgen der säkularen Kongresspartei unter Gandhis Führung bei einer Reihe von Landtagswahlen Ende 2018 ist der Nimbus der Unbesiegbarkeit von Modi und der BJP verblasst.

Die Verfolgung und Gewalt gegen Christen hat auch im vergangenen Jahr weiter zugenommen, heißt es in dem Report. 477 Fälle wie Störungen von Gottesdiensten, Vandalismus in Kirchen oder Bibelverbrennungen durch hinduistische "Fanatiker" sind von "Persecution Relief" dokumentiert worden, 37 mehr als im Vorjahr.

Mit 60 Prozent der Fälle sind die Bundesstaaten Uttar Pradesh, Tamil Nadu, Bihar, Madhya Pradesh und Telangana laut Bericht die fünf "Hotspots" der Christenverfolgung. Beschwerden von Christen über diese Verstöße gegen die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit stoßen laut "Persecution Relief" bei der Regierung Modi "auf taube Ohren". Die hindu-nationalistische Regierungspartei BJP gilt als politischer Arm einflussreicher Hindu-Extremisten, die das säkulare Indien in einen hinduistischen Gottesstaat umwandeln wollen.

Schleier-Verbot für Muslimas an Kieler Universität

Die Kieler Christian-Albrechts-Universität hat ein Schleier-Verbot für Muslimas erlassen. Die Kommunikation im Forschungsbetrieb beruhe nicht nur auf dem gesprochenen Wort, sondern auf Mimik und Gestik, begründete die Hochschule laut «Kieler Nachrichten» die Entscheidung. In Lehrveranstaltungen, Prüfungen und Gesprächen, die sich im weitesten Sinne auf Studium, Lehre und Beratung beziehen, dürfe ein Gesichtsschleier nicht getragen werden.

Damit reagierte die Hochschule laut Zeitung auf einen Konflikt Ende vergangenen Jahres. Eine Studentin sei im Niqab zu einer Vorlesung gekommen. Der Universitätslehrer habe sie deswegen zurechtgewiesen und die Universitätsleitung eingeschaltet. Ende Januar habe das Uni-Präsidium das Schleier-Verbot erlassen.

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) begrüßte den Beschluss und kündigte eine Gesetzesinitiative gegen das Tragen von Gesichtsschleiern in den Schulen des Landes an.

Kardinal Kasper widerspricht seinem Kollegen Müller

Der frühere Kurienkardinal Walter Kasper hat auf das Anfang Februar veröffentlichte «Glaubensmanifest» von Kardinal Gerhard Ludwig Müller reagiert. Dieses enthalte zwar viele Sätze, die jeder Katholik «nur bejahen könne». Andererseits stünden darin auch «Halbwahrheiten», «pauschale Aussagen» oder Thesen, die man als «private theologische Überzeugung» des Ex-Chefs der Glaubensbehörde betrachten müsse, meinte Kasper in seiner über die Nachrichtenagentur KNA veröffentlichte Erklärung.

Müllers Text war zuvor auf mehreren Internetseiten in Englisch, Deutsch und Italienisch verbreitet worden. Als Anlass für diesen Schritt nennt Kardinal Müller eine «sich ausbreitende Verwirrung in der Lehre des Glaubens».

Weil Müller am Ende seines Manifestes vom «Betrug des Antichristen» spricht, sieht Kasper in der Wortwahl seines Kollegen eine Anspielung auf Luthers Kritik am Papst. Er wolle aber nicht glauben, so Kasper, dass hinter dem Manifest jemand stehe, «der sich zu Recht für Reformen in der Kirche einsetzt, diese aber am Papst vorbei und gegen ihn durchsetzen will». Das könne «nur zu Verwirrung und Spaltung führen. Das würde die katholische Kirche aus den Angeln heben», warnt der frühere Leiter des Päpstlichen Ökumene-Rates.

Zwar betone Müller mit Recht das Bekenntnis zum dreifaltigen Gott als einen «fundamentalen Unterschied im Gottesglauben» zu anderen Religionen. Gleichzeitig gebe es aber auch «Gemeinsamkeiten, vor allem mit den Juden wie mit den Muslimen, im Glauben an den einen Gott». «Sind diese Gemeinsamkeiten vor allem heutzutage nicht grundlegend für den Frieden in der Welt und in der Gesellschaft?» fragt Kasper.

In seinem «Glaubensmanifest» hatte Kardinal Müller die für ihn grundlegenden Glaubenswahrheiten der katholischen Kirche zum dreifaltigen Gott, zu Jesus Christus, dem Wesen der Kirche und ihrer Sakramente hervorgehoben. Ohne es konkret zu nennen, kritisierte er damit das katholisch-muslimische Konsenspapier, das Papst Franziskus und der Grossimam von Al-Azhar, Mohammad al-Tayyeb vor kurzem in Abu Dhabi unterzeichnet hatten.

Neue Enthüllungen über Sexualdelikte Maciels

Kardinal Bráz de Aviz, Präfekt der Ordenskongregation, erklärte dieser Tage, dass dem Vatikan bereits 1943 erste Dokumente über das Missbrauchsverhalten des Gründers der Legionäre Christi Marcial Maciel Degollado vorlagen.

Der brasilianische Kardinal unterstrich gegenüber dem spanischen katholischen Online-Magazin „Vida Nueva“, dass die Autoren der „mafiosen Vertuschungsmanöver“ nicht zur Ordenskongregation, sondern eher zum vatikanischen Staatssekretariat gehört hätten.

Gegen Maciel war dann erstmals in den Jahren 1956-1959 im Auftrag von Kardinal Alfredo Ottaviani, Chef der Glaubenskongregation, wegen mutmaßlichem sexuellen Missbrauch ermittelt worden, d.h. 13 Jahre nach den ersten, von Kardinal Braz de Aviz genannten Berichten. Während dieser vier Jahre war Maciel als Generaloberer der Legion suspendiert worden. Allerdings brachten die Ermittlungen keine Ergebnisse, Maciel kehrte wieder nach Rom und in seine Verantwortlichkeiten zurück und konnte seine Macht weiter ausbauen.

Der 2008 verstorbene Maciel Degollado, enger Freund von Papst Johannes Paul II., hatte 1941 die Legionäre Christi gegründet. 2006 wurde Maciel vom Vatikan zu einem zurückgezogenen Leben in Buße aufgefordert. 2009 wurde auf Anordnung von Papst Benedikt XVI. eine apostolische Visitation der Kongregation durchgeführt nachdem zweifelsfrei feststand, dass Maciel ein Doppelleben geführt hatte. Maciel hatte drei Kinder mit zwei verschiedenen Frauen und missbrauchte Minderjährige und Seminaristen sexuell. Darunter auch seinen eigenen Sohn. Außerdem hatte er Geld unterschlagen.

Die Legionäre Christi und die ihnen angegliederte Laienbewegung „Regnum Christi“ haben seither ihre Statuten gründlich revidiert. Weggefallen ist u.a. das Gelübde, das Kritik an den Ordensvorgesetzten verboten hatte.

Indonesien: Sorgen vor den Präsidentschaftswahlen

Prominente Vertreter der Katholischen Bischofskonferenz und der beiden größten muslimischen Verbände der Inselrepublik „Nahdlatul Ulama“ und „Liberales Islamnetzwerk“ haben in einer gemeinsamen Stellungnahme vor dem wachsenden Einfluss ultrakonservativer islamischer Kräfte gewarnt.

Diese würden immer dann zu einer ernststen Gefahr, so die Autoren der im Nachrichtenportal „Jakarta Post“ veröffentlichten Denkschrift, wenn sie mit der Attitüde „religiöser Ausschließlichkeit“ auftreten und sich für politische Zwecke instrumentalisieren lassen.

Indonesien hat 265 Millionen Einwohner, die mehrheitlich dem sunnitischen und besonders vom Iran geförderten (????) Islam angehören. Im Mai wählen die Indonesier einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament.

Beobachter befürchten, dass es im Wahlkampf zu einer Neuauflage der islamistischen Kampagne von 2017 gegen die Wiederwahl des christlichen Gouverneurs von Jakarta, Basuki "Ahok" Tjahaja Purnama, kommen könnte. Ahok verlor die Wahl und wurde später wegen Blasphemie zu zwei Jahren Haft verurteilt. Seitdem ist ein fundamentalistischer Islam salafitischer Prägung auf dem Vormarsch.

Zur Befriedung der Islamisten hat Staatspräsident Joko Widodo den konservativen islamischen Imam Ma'ruf Amin zu seinem Vizepräsidentenskandidaten gemacht. Widodos Gegenkandidat Prabowo Subianto hat sich derweil mit militant-islamistischen Kräften verbündet.